

EDITORIAL



Foto: Anne Hüfniagl

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!

Ich hoffe, Ihr hattet einen schönen Sommer. Politisch kann man das leider nicht sagen, es war eher ein Sommer des Unwohlseins. Das kommt auch in Umfragen zum Ausdruck, die auf der Bundesebene ein stetes Wachstum der AfD zeigen. Die SPD dagegen fällt zurück, wobei eines auffällig ist: Es gibt relativ wenige Menschen, die von der SPD zur AfD wechseln.

Aber das ist ein schwacher Trost. Was hilft? Vor allem eine Politik, die Vertrauen schafft und Orientierung gibt. In Niedersachsen scheint uns das derzeit ganz gut zu gelingen. Umfragen auf Landesebene zeigen das, auf Bundesebene weniger. Aber auch klare Kante gegen Rechts. Gerade wir Sozis müssen aufstehen, wenn Tabus Stück für Stück nicht mehr gelten sollen. Ein Fall Aiwanger wäre bei uns nicht möglich. In diesem Sinne: Auf in einen kämpferischen Herbst!

Herzliche Grüße

Stephan Weil

Stephan Weil

Landesvorsitzender

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Beata Krahl
Redaktion: Daniel Voigt
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke

ZUKUNFTSKONGRESS IN HANNOVER: GEMEINSAM FÜR EINE STARKE ZUKUNFT!

Von Daniel Voigt

Die Zukunft ruft und alle Jusos aus Niedersachsen sind herzlich eingeladen, am Zukunftskongress 2023 in Hannover teilzunehmen. Unter dem Motto »Niedersachsen. Europa. Unsere Zukunft. Stärker mit dir!« erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen inspirierenden Tag voller spannender Diskussionen, bereichernder Workshops und wertvoller Vernetzungsmöglichkeiten. Das Beste: Die Teilnahme ist völlig kostenfrei.

In einer Zeit des rasanten Wandels, in der zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden müssen, bietet der Zukunftskongress eine einzigartige Plattform, um mit Expert:innen, politischen

Entscheidungsträger:innen und Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen. Mit dabei sind unter anderem der Landesvorsitzende Stephan Weil, die Generalsekretär:innen auf Bundes- und Landesebene

ZUKUNFTSKONGRESS 2023

21. Oktober 2023, ab 11:00 Uhr

Veranstaltungszentrum »Rotation«

ver.di-Höfe, Goseriende 10
30159 Hannover

ANMELDUNGEN bis 11. Oktober über
spdnds.de oder jusos-niedersachsen.de.



EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN

Eine Sommertour durch Niedersachsen und Hamburg.



Bernd Lange MdEP (r.), bei der Mast-Jägermeister SE in Wolfenbüttel. Foto: Jägermeister

Meine diesjährige Sommertour führte mich zu Unternehmen, die nicht nur wirtschaftliche Größen, sondern auch wichtige Arbeitgeber und Innovations-treiber in Niedersachsen und Hamburg sind. Von der Hafenvirtschaft bis zur Getränkeindustrie, von der Stahlproduktion bis zur Biotechnologie konnte ich spannende Einblicke gewinnen und inspirierende Gespräche führen.

Bei Fritz Kola und Marquard & Bahls wurden Innovation und Nachhaltigkeit als Schlüsselkomponenten für den Unternehmenserfolg betont. Die regionale Brauerei Fritz Kola erzielte internationalen Erfolg mit Nachhaltigkeit. Marquard & Bahls setzt auf Erneuerbare Energien und Umweltschutz.

Salzgitter Stahl, ein Schwergewicht der deutschen Industrie, zeigt Fortschritte bei der Entwicklung nachhaltigerer Technologien, im Besonderen durch die Transformation zu grünem Stahl. Eviosys, ein Konservendosenhersteller aus Seesen, betonte die Bedeutung von Innovation und Investitionen in diesem Sektor.

Jägermeister kombiniert traditionelle Produktion mit modernen Ansätzen zur Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung. FlexBio und Sartorius verdeutlichen, wie Biotechnologie zu grüner Transformation beitragen kann.

Meine Sommertour war eine großartige Gelegenheit, nicht nur die wirtschaftliche Vielfalt unserer Region zu

erkunden, sondern auch die Menschen und Unternehmen hinter den Kulissen kennenzulernen. Ihre Leidenschaft, Gestaltungswille und ihr Engagement haben mich tief beeindruckt. Gleichzeitig ist mir bewusst, welche immense Herausforderung die grüne Transformation für viele Unternehmen darstellt.

Die Förderung neuer Technologien, Bürokratieabbau und Investitionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft.

Als ihr EU-Abgeordneter stehe ich fest an ihrer Seite, um sicherzustellen, dass unsere Region auch in Zukunft eine blühende Region des Fortschritts, der Industrie und der Tradition bleibt. ■

LANDESPRÄSIDIUM KOMPLETTIERT

Bei der Auftaktklausur des Landesvorstands wurden die drei noch offenen Posten im Präsidium des Landesverbands gewählt. Die Jusos werden künftig durch ihre Landesvorsitzende Ronja Laemmerhirt (Syke, Bezirk Hannover) vertreten. Ebenfalls neu dabei ist Siemtje Möller (Bezirk Weser-Ems), Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidi-

gungsministerium. Ins Präsidium wiedergewählt wurde die Bundestagsabgeordnete Frauke Heiligenstadt (Bezirk Hannover) aus Northeim.

Zudem wählte der Landesvorstand Beata Krahl zur neuen Geschäftsführerin der SPD Niedersachsen. Die bisherige Stellvertreterin folgt auf Axel Rienhoff, der an die Spitze der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin wechselt. ■

EINFACH ERKLÄRT: KRANKENHAUSREFORM

WARUM BRAUCHT ES EINE KRANKENHAUSREFORM?

Unsere Krankenhauslandschaft ist historisch gewachsen – und das in vollkommen anderen Zeiten, als wir sie heute erleben. Veränderte Rahmenbedingungen und hohe Ansprüche an die Gesundheitsversorgung einer immer älter werdenden Gesellschaft stellen bundesweit viele Krankenhäuser vor Herausforderungen. Zahlreiche Krankenhäuser sind von der Schließung bedroht, wenn sich nichts ändert.



VOR WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHEN DIE KRANKENHÄUSER?

Die drängendsten Probleme lassen sich in drei Bereiche aufteilen:

- Die derzeitige Finanzierung durch sogenannte Fallpauschalen setzt die Krankenhäuser starken ökonomischen Zwängen aus und setzt Anreize, möglichst viele gewinnbringende Behandlungen durchzuführen. Beispielsweise werden in Deutschland mehr Herzklappen operiert als in jedem anderen Land in Europa, weil es hierfür verhältnismäßig viel Geld gibt. Gleichzeitig mussten viele Krankenhäuser in den vergangenen Jahren ihre Kinderstationen und Geburtshilfen schließen. Die Versorgung ist hier deutlich aufwendiger und damit teurer, wird aber nicht entsprechend bezahlt.
- Es bestehen zwischen Krankenhäusern zum Teil deutliche Qualitätsunterschiede. Häufig führen Kliniken Behandlungen durch, für die es ihnen an Ausstattung und Erfahrung fehlt. Das kann gefährlich sein. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Patientinnen und Patienten insbesondere bei schwierigen Eingriffen in dafür spezialisierten Krankenhäusern deutlich besser aufgehoben sind. Hier besteht ein erheblich geringeres Risiko, während einer Operation zu sterben.
- Krankenhäusern fehlt es häufig an Personal. Das betrifft Ärztinnen und Ärzte genauso wie Pflegerinnen und Pfleger. Verschärft wird der Mangel durch eine schlechte Verteilung auf zu viele Standorte.

WIE WILL DIE KRANKENHAUSREFORM DIESE PROBLEME LÖSEN?

Die Krankenhausreform verändert die Finanzierung der Kliniken grundlegend. Kliniken sollen nicht mehr nur davon abhängig sein, wie viele Operationen und Untersuchungen sie durchführen. Künftig sollen Krankenhäuser auch für das bloße Bereitstellen von Personal und Ausstattung mehr Geld bekommen (Vorhaltefinanzierung) – also auch dann, wenn vorhandene Stationen mal nicht voll ausgelastet sind.

Davon profitiert die wohnortnahe Versorgung gerade in ländlichen Gebieten, wo sich die Krankenhäuser tendenziell um weniger Patientinnen und Patienten kümmern müssen. Gleiches gilt für Bereiche wie die Geburtshilfe, die höhere Vorhaltekosten als andere Fachrichtungen haben. Zudem sollen besonders schwierige Eingriffe nur noch in dafür geeigneten und entsprechend ausgestatteten Kran-

kenhäusern stattfinden. Diese Spezialisierung und Konzentration trägt dazu bei, dass insgesamt bessere Behandlungsergebnisse erzielt werden. Denn: Je häufiger bestimmte Operationen an einem Standort durchgeführt werden, desto weniger Fehler passieren. Durch weniger, dafür aber leistungsfähigere Standorte, kann auch das vorhandene Personal besser verteilt und eingesetzt werden.

WAS SIND VERSORGUNGSSTUFEN UND LEISTUNGSGRUPPEN?

Mit der Reform soll jedes Krankenhaus einer Versorgungsstufe – auch Versorgungslevel genannt – zugeordnet werden. Je höher die Versorgungsstufe, desto umfangreicher und anspruchsvoller die Behandlungen, die am Standort durchgeführt werden können.

Außerdem sollen insgesamt 65 sogenannte Leistungsgruppen wie Herzchirurgie oder Orthopädie eingeführt werden, die alle medizinischen Bereiche abdecken. Damit ein Krankenhaus eine bestimmte Leistung anbieten darf, muss es über die dafür notwendige technische Ausstattung und das fachärzt-

liche und pflegerische Personal verfügen. Diese sogenannten Mindestqualitätsanforderungen werden bundeseinheitlich festgelegt. Die Leistungsgruppen werden den einzelnen Krankenhausstandorten von den Planungsbehörden der Länder zugewiesen. Insgesamt soll dadurch einerseits die Qualität der medizinischen Versorgung gestärkt und andererseits die gleichmäßige Verteilung von Behandlungsangeboten innerhalb einer Region sichergestellt werden. An den jeweiligen Leistungsgruppen orientiert sich zudem die Höhe der Vorhaltefinanzierung.

WIRD MEIN KRANKENHAUS VOR ORT GESCHLOSSEN?

Die Krankenhausreform hat nicht das Ziel, Krankenhäuser zu schließen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Wegen der beschriebenen Herausforderungen wird sich die Krankenhauslandschaft ändern – mit oder ohne Reform. Tut die Politik nichts, sterben Kliniken ohne Rücksicht auf den Bedarf vor Ort. Gerade kleineren Krankenhäusern würde die Schließung drohen.

Die Krankenhausreform soll diesen Prozess aufhalten, die Versorgung in ganz Niedersachsen absichern und verbessern. Überall dort, wo trotz der Reform Krankenhäuser schließen müssen und dadurch die wohnortnahe medizinische Versorgung gefährdet ist, können Regionale Gesundheitszentren oder vergleichbare Angebote entstehen.

WO WERDE ICH IM NOTFALL BEHANDELT, WENN VOR ORT KEIN KRANKENHAUS IST?

Auch für Notfälle bleibt die medizinische Versorgung überall gesichert. In ganz Niedersachsen stehen zudem Rettungswagen und Rettungshubschrauber, Notfallpraxen sowie Telemedizin rund um die Uhr zur Verfügung.

Aber auch im Ernstfall gilt: Das richtige Krankenhaus ist wichtiger als der kürzeste Weg. Das heißt konkret: Die Überlebenschancen steigen deutlich, wenn man direkt in eine Klinik kommt, die über die jeweils notwendige medizinische

Expertise und Ausstattung verfügt. Beispielsweise sollte ein Herzinfarkt in einer Klinik mit Herzkatheterlabor behandelt werden, für die Versorgung eines Schlaganfalls sollte eine sogenannte Stroke-Unit zur Verfügung stehen. Dies ist in kleineren Krankenhäusern nicht immer der Fall. Sie und der Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind hingegen die richtigen Anlaufstellen für leichtere Eingriffe und nicht lebensbedrohliche Fälle.



WER HAT DIE KRANKENHAUSREFORM AUF DEN WEG GEBRACHT?

Auf Initiative der SPD hat der Niedersächsische Landtag von 2019 bis 2022 eine sogenannte Enquetekommission ins Leben gerufen. Die Kommission hat Empfehlungen entwickelt, wie die Krankenhausversorgung in Niedersachsen langfristig sichergestellt werden kann. Beteiligt waren neben den Abgeordneten zahlreiche Expertinnen und Experten aus dem Gesundheitswesen.

Auf dieser Grundlage wurde 2022 das Niedersächsische Krankenhausgesetz überarbeitet und damit der gesetzliche

Rahmen für eine Reform auf Landesebene geschaffen. Niedersachsen ist als eines der ersten Bundesländer überhaupt dieses wichtige Thema angegangen.

Kurz danach hat auch die Bundesregierung eigene Reformpläne veröffentlicht, die in vielen Punkten mit den niedersächsischen Vorhaben übereinstimmen. Gemeinsam haben Bund und Länder in den vergangenen Monaten an einer umfassenden Reform der Krankenhauslandschaft gearbeitet.

WIE GEHT ES JETZT WEITER?

Mit dem Niedersächsischen Krankenhausgesetz hat das Land den ersten wichtigen Schritt getan. Als nächstes wird eine Arbeitsgemeinschaft aus Bund und Ländern im Herbst den Entwurf für ein Bundesgesetz vorlegen. Das Land Niedersachsen wird dabei auch weiterhin seine Erfahrungen einbringen und sicherstellen, dass die

Interessen unseres großen Flächenlandes berücksichtigt bleiben. Das Gesetz soll laut dem Bundesgesundheitsminister zum 1. Januar 2024 in Kraft treten. Anschließend werden die niedersächsischen Regelungen an die des Bundes angepasst. Nach einer Übergangsphase soll die Reform ab 2026 ihre Wirkung entfalten.

SCHWERPUNKT »STARKE DEMOKRATIE«

Landtagsfraktion macht das lebendige Miteinander in Niedersachsen sichtbar

Unsere Demokratie steht vermehrt unter Druck. Das bezeugen unter anderem die steigenden Wahlergebnisse rechter Parteien. Als demokratische Vertreterinnen und Vertreter der Menschen in Niedersachsen werden die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen, sondern gute Beispiele unserer funktionierenden Demokratie entgegenstellen. Der Fraktionsvorsitzende Grant Hendrik Tonne kommentierte zum Auftakt aktuelle Studienergebnisse zum Demokratievertrauen, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover vorstellte: »Die Zustimmung zur Demokratie ist zwar stabil geblieben, allerdings weiterhin auf einem Niveau, das uns nachdenklich stimmt. Wir müssen als Politikerinnen und Politiker unseren Beitrag dazu leisten, Falschmeldungen, populistischen Erklärungsmuster und Verschwörungserzählungen zu bekämpfen. Ich bin überzeugt, dass eine gute Politik dazu beitragen kann, das Vertrauen in unsere Demokratie zu stärken.«

Der SPD-Abgeordnete Constantin Grosch tauschte sich mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus aus. Das Gespräch fand im Zeitzentrum Zivilcourage statt, das einen Einblick in das nationalsozialistische Hannover bietet. »Beim Blick zurück sehen wir ganz deutlich, wohin Menschenfeindlichkeit führen kann. Dass sich die Geschichte nicht wiederholt, dafür setzt sich unter anderem die Mobile Beratung ein und stärkt damit aktiv unsere Demokratie«, so Grosch.

Der bildungspolitische Sprecher Stefan Politze befasste sich im Rahmen der Themenwoche damit, wie Schulen demokratische Teilhabe unterstützen können: »Schule vermittelt nicht nur Wissen, sondern spielt auch eine wichtige Rolle für die demokratische Haltung in unserer Gesellschaft. Teilhabe beginnt im Kleinen, daher unterstützen wir es als SPD-Fraktion ausdrücklich, wenn Schulen Klassenräte und Schülervvertretungen aktiv fördern.«

Eine starke Demokratie zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sich vie-

le Menschen an ihr beteiligen. Dafür setzt sich auch der Afrikanische Sportverein Hannover ein, den der sportpolitische Sprecher Philipp Meyn besuchte: »Sport macht Spaß. Im Verein fördert er den Teamgeist und ist gesund. Vereine wie der ASV leisten neben ihren sportlichen Erfolgen einen wichtigen Beitrag dazu, Teilhabe zu ermöglichen und demokratische Elemente hautnah erlebbar zu machen.«

Fraktionschef Tonne betont, dass diese Aktionen den Auftakt für einen langfristigen Schwerpunkt bilden: »In Zukunft wollen wir die vielen Demokratie-Initiativen in unserem Land immer wieder in den Fokus rücken. Alle Mitglieder unserer Fraktion werden regelmäßig in ihren Wahlkreisen Jugendzentren, Schulprojekte und Sportvereine besuchen, die sich für ein lebendiges Miteinander stark machen. Zum Tag des Grundgesetzes werden wir jährlich besonders kreative Ideen mit einem eigenen Preis auszeichnen. Unsere Demokratie ist es wert, ihre Gestalter mehr zu würdigen.« ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:
 Eva Güntzel, Alina Finke, Daniel Voigt

Redaktionsschluss: 7. September 2023

Redaktion: Daniel Voigt,
 daniel.voigt@lt.niedersachsen.de

Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1,
 30159 Hannover
 spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke